

Erscheint täglich
früh 6 1/2 Uhr.

Redaction und Expedition
Johannisstraße 33.
Zugabe der Redaction:
Vormittags 10-12 Uhr.
Nachmittags 4-6 Uhr.

Annahme der für die nächst-
folgende Nummer bestimmten
Anzeigen an Wochentagen bis
3 Uhr Nachmittags, an Sonn-
und Festtagen früh bis 9 Uhr.
In den Fällen für Anf. Annahme:
Otto Riemer, Universitätsstr. 22.
Louis Köhler, Katharinenstr. 18, p.
nur bis 1/3 Uhr.

Leipziger Tageblatt

und
Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Kuflage 15,100.
Abonnementpreis viertel, 3/4, 2/2, 3/3, 4/4, 5/5, 6/6, 7/7, 8/8, 9/9, 10/10, 11/11, 12/12, 13/13, 14/14, 15/15, 16/16, 17/17, 18/18, 19/19, 20/20, 21/21, 22/22, 23/23, 24/24, 25/25, 26/26, 27/27, 28/28, 29/29, 30/30, 31/31, 32/32, 33/33, 34/34, 35/35, 36/36, 37/37, 38/38, 39/39, 40/40, 41/41, 42/42, 43/43, 44/44, 45/45, 46/46, 47/47, 48/48, 49/49, 50/50, 51/51, 52/52, 53/53, 54/54, 55/55, 56/56, 57/57, 58/58, 59/59, 60/60, 61/61, 62/62, 63/63, 64/64, 65/65, 66/66, 67/67, 68/68, 69/69, 70/70, 71/71, 72/72, 73/73, 74/74, 75/75, 76/76, 77/77, 78/78, 79/79, 80/80, 81/81, 82/82, 83/83, 84/84, 85/85, 86/86, 87/87, 88/88, 89/89, 90/90, 91/91, 92/92, 93/93, 94/94, 95/95, 96/96, 97/97, 98/98, 99/99, 100/100.

No 138.

Freitag den 18. Mai 1877.

71. Jahrgang.

Bekanntmachung.

Das 7. Stück des diesjährigen Gesetzs- und Verordnungsblattes für das Königreich Sachsen ist bei uns eingegangen und wird bis zum 2. k. f. f. g. M. d. auf dem Rathhause zur Einsichtnahme öffentlich ausliegen. Dasselbe enthält:

- 36. Bekanntmachung, die Bewilligung einer in dem Regulative für die Pensionskasse der bedienten, auf Lebenszeit angestellten Rathhamsmitglieder und der Gemeindegewerbetreibenden der Stadtgemeinde Bischofswerda enthaltenen Ausnahme von bestehenden Gesetzen betreffend; vom 3. April 1877.
- 37. Verordnung, den Gewerbebetrieb der Kaufleute im Umherziehen betreffend; vom 9. April 1877.
- 38. Bekanntmachung, die der israelitischen Religionsgemeinde zu Dresden zur Erleichterung der Legitimation ihrer Vorsteher bewilligten Rechtsbergünstigungen betreffend; vom 12. April 1877.
- 39. Bekanntmachung, eine Vereinbarung mit der k. k. österreichischen Regierung wegen gegenseitiger Durchführung der Schulpflicht betreffend; vom 20. April 1877.
- 40. Bekanntmachung, Abänderungen der Postordnung vom 18. December 1874 betreffend; vom 24. April 1877.
- 41. Bekanntmachung, die Bewilligung einer in dem Regulative über die Pensionsverhältnisse der sächsischen Beamten der Stadt Döbeln und der Hinterlassenen derselben enthaltenen Ausnahme von bestehenden Gesetzen betreffend; vom 2. Mai 1877.
- 42. Verordnung, die Expropriation von Grundeigenthum bei dem Staatsbahnhofe in Hötta betreffend; vom 5. Mai 1877.

Leipzig, den 17. Mai 1877.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Cerutti.

Bekanntmachung.

Nachdem das am 9. dieses Monats licitirte Gewölbe und Entresol im Mauriciannum vergeben ist, so werden die nicht zur Berücksichtigung gelangten Bieter ihrer diesfälligen Gebote hiermit entlassen.

Leipzig, am 17. Mai 1877.

Universitäts-Rentamt.
Graf.

Bekanntmachung.

Auf den Promenaden- und Rosenthalwegen, insoweit daselbst das Fahren mit Kinderwagen gestattet ist, dürfen niemals mehrere solcher Wagen neben einander gefahren werden.

Zu widerhandlungen werden an jeder beteiligten Person mit Geldstrafe bis zu 15 M. oder entsprechender Haft geahndet werden.
Leipzig, am 12. Mai 1877.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Dr. Reichel.

Vermiethung.

Die Abtheilung Nr. 30 der Landfleischhalle am Plauen'schen Platz soll Sonnabend den 26. d. M. Vormittags 11 Uhr am Rathshaus (Rathhaus 1. Etage) vom 11. August d. J. an gegen dreimonatliche Kündigungsfrist an den Meistbietenden vermietet und es können die Vermietungs- und Versteigerungsbedingungen schon vor dem Termine bei uns eingesehen werden.
Leipzig, den 12. Mai 1877.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Cerutti.

Bekanntmachung.

Sonnabend, den 19. M. d. J., Vormittags von 10 Uhr an, soll auf dem Kaufstädter Steiuweg in der Nähe der Angermühle eine Partie alte, eichene Plätte messbar gegen Barzahlung unter den an Ort und Stelle bekannt zu machenden Bedingungen öffentlich versteigert werden.
Leipzig, den 17. Mai 1877.

Des Raths Straßenbau-Deputation.

Die Maler- und Anstreicher-Arbeiten zu dem Neubau eines großen Stallgebäudes auf dem Postwagenremisen-Grundstück in Leipzig sollen im Wege der schriftlichen Auktionsunter Vorbehalt der Auswahl unter den Bietern vergeben werden. Im Vorhandzimmer des Postamtes I. in Leipzig am Augustplatz liegt der Vertrags-Entwurf zur Einsichtnahme aus. Dasselbst sind auch die Anschlagsschriften gegen Erstattung der Abschreibgebühren in Empfang zu nehmen und die Preisforderungen bis spätestens den 26. Mai d. J. abzugeben.
Dresden, den 15. Mai 1877.

Der Kaiserliche Postbaurath.
Boppf.

Leipzig, 17. Mai.

In der Presse fehlt es nicht an Stimmen, welche lebhaft Beschwerde darüber führen, daß über die Stellung Deutschlands zur orientalischen Kriegfrage offiziell gar Nichts bekannt gegeben werde. Es bleibe dahingestellt, ob nach den bei den Debatten im ungarischen und im englischen Parlament gemachten Erörterungen zu solcher Beschwerde wirklich Veranlassung vorliege; namentlich dürften die Ansichten der englischen Regierung durch die mehr oder weniger akademischen Diskussionen zum Mindesten nicht klarer geworden sein. Aber es dürfte doch angemessen sein, sich zu erinnern, daß der Reichskanzler in seiner Rede vom 5. December v. J. die Verhältnisse der deutschen Politik gegenüber den orientalischen Wirren so klar und bestimmt gezeichnet hat, daß nicht einzusehen ist, was er, wenn man nicht unmögliche Entfaltungen von ihm verlangen will, bis jetzt Neues hätte hinzufügen sollen. Die „Nat. Corr.“ bringt jene Rede in Erinnerung, in welcher es heißt:

Mein Bestreben und meine mit von Sr. Majestät dem Kaiser gestellte Aufgabe ist: dahin in dem diplomatischen Verkehr zu wirken, daß wo möglich die guten Beziehungen, in denen wir zu den drei nächstbedeutendsten Mächten sind, ungeachtet der doch möglichst wenig gefährlich aus dieser Krisis hervorgehen mögen, daß wir sie pflegen können, wie wir können. Es könnte uns nur dadurch diese Aufgabe verdohten und gefährdet werden, wenn irgend einer unserer Freunde von uns verlangte, unsere stärkere Freundschaft zu ihm dadurch zu betheiligen, daß wir den andern Freund, der uns ebenfalls nicht gleichgültig hat, der im Gegentheil unser Freund bleiben will, feindselig behandeln und unsere stärkere Liebe zu dem einen beweisen durch daß gegen den andern. Es liegt das nicht außerhalb der Möglichkeit. Wir sind in den Jahren 1853, 1854, 1855 ähnlichen Zusammenhängen ausgelegt worden. ... Ich bin aber gar nicht des Glaubens, daß man sich jetzt gleiche Zusammenhänge machen werde; bis jetzt sind sie uns von keiner Seite gemacht worden. Im Gegentheil, unsere Allen gegenüber wohlwollende freundschaftliche Stellung, allen diesen Parteien gegenüber, ist von jeder einzelnen gewürdigt worden. Man hat dieselbe natürlich gefanden, und mit jeder unabhängigen Bemerkung versehen, im Gegentheil, man weiß die Wichtigkeit dieser unserer Stellung zu schätzen; denn wir allein haben die Möglichkeit, unbestimmt zu vermitteln in einer Richtung hin, die entweder dem Krieg verhindert, oder, wenn das sich als möglich in der Zukunft nicht erweisen sollte, wie wir bisher doch noch die Hoffnung haben, — wenn er nicht verhindert wird, daß unsere Stellung wenigstens die Mittel dazu bieten kann, ihn einzuschränken oder, wie der Kaufmannsdruck ist, zu localisieren, seine weitere Verbreitung zu verhindern, zu hindern, daß aus dem orientalischen Krieg ein europäischer werde, ein Krieg zwischen zwei europäischen Mächten. Also selbst wenn, wie ich schon erwähnte, die Conferenzen scheitern sollte, sei es, daß die Mächte unter sich sich nicht einigen, sei es, daß sie über das, worüber sie sich geeinigt, eine Zustimmung der Mächte nicht erlangen, wenn in Folge dessen Rußland auf eigene Hand verfahren sollte, so ist es doch noch nicht notwendig, daß dieser Krieg weitere Theilnahme finde; wenigstens wird unser Bestreben dahin gerichtet sein, so weit freundschaftliche und beiden Theilen annehmbare Vermittelung das Verlangen zu verhindern, daß wir das Weitergehen des Krieges hindern. Ich halte es nicht für notwendig, die englischen und russischen Interessen mögen ja sehr wichtige Berührungspunkte haben und der Ausgleich unter sich sehr schwierig sein; ob aber eine Kriegführung zwischen zwei so mächtigen Staaten, von denen keiner gegenseitig in der Lage ist, dem andern einen

vollen Zwang anzuthun, selbst wenn er siegreich sein sollte, grade die Verschärfung über die wunden Punkte fördern würde, ob nicht beide selbst, durch unsere Vermittelung oder direct, zu der Ueberzeugung zu bringen sind, daß sie besser thun, sich im friedlichen Ausgleich ihrer Interessen gegenseitig zu verständigen, das muß die Zukunft lehren. Wir hoffen — und jedenfalls wird unser Bestreben dahin gerichtet sein: in erster Linie, daß wir uns den Frieden und die Freundschaft mit unseren bisherigen Freunden bewahren; in zweiter Linie, daß wir, soweit es durch freundschaftliche, von allen Seiten bereitwillig ausgenommene Vermittelung möglich ist, unter absolutem Ausschluß aller drohenden Haltung von unserer Seite, uns bestreben, den Frieden unter den europäischen Mächten unter sich nach Möglichkeit zu erhalten, das heißt also, den Krieg, wenn er im Orient ausbrechen sollte, nach Möglichkeit zu localisieren. Solange das nicht, meine Herren, so müßte eine neue Lage, über die ich mich in Conjecturen nicht einlassen kann, und über die Sie heute von mir keine Auskunft verlangen werden.

Damit ist also laut genug verkündet, in welcher Richtung die Politik des deutschen Reiches im gegenwärtigen Augenblick thätig ist. Zweifel an dem friedlichen Willen derselben würden nur Demjenigen gestattet sein, der in dem Reichskanzler überhaupt kein Vertrauen setzt. Es giebt wohl gewisse „starke Charaktere“, die den National-liberalen bei jeder Gelegenheit „schwächliche Vertrauenslosigkeit“ vorwerfen. Man erinnere sich aber, wie sich in der Reichstags-Sitzung vom 13. April einer der Führer der Fortschrittspartei, Herr Hänel, über die Bismarck'sche Orientpolitik ausgesprochen. Offen bekannte er sein Vertrauen zu einer starken, energischen und stetigen Führung in unserer äußeren Politik durch den Reichskanzler und fügte hinzu: „Den Eindruck, daß wir voll auf und gestellt sind, daß das Vollbewußtsein des „civis romanus sum“ auf dem deutschen Reich ruht, daß es das entsprechende Ansehen und die entsprechende Stellung im europäischen Concert und gerade auch gegenüber der orientalischen Frage einnimmt, diesen Eindruck habe ich voll und ganz. Und darum halte ich dafür, daß jede Bürgschaft einer consequenten Fortführung dieser reinen Interessenpolitik, die sich löst von allen vorurtheilvollen Traditionen, von allen persönlichen Beziehungen, ein wesentliches Interesse Deutschlands bildet.“ So der Abg. Hänel. Und selbst Windthorst konnte nicht umhin, dem Reichskanzler für seine auswärtige Politik wenigstens ein bedingtes Vertrauensvotum zu erteilen. Allerdings hat sich inzwischen die grundsätzlich oppositionelle Presse, namentlich die ultramontane, nach Kräften bestrebt, das Vertrauen zu erschüttern. So muß ich soeben noch der Besuch des auf der Reise nach Petersburg begriffenen russischen Gesandten in London beim Fürsten Bismarck zum Beweise dienen, daß Deutschland einseitig für Rußland Partei ergriffen habe und demnach auf seiner Seite im Felde erscheinen werde. Die Tendenz derartiger Combinationen, für welche die Thatsache, daß Graf Schadowoff auch mit dem englischen Gesandten in Berlin conferirt hat, und daß, um eine vermittelnde Thätigkeit zu üben, doch mit den Beteiligten verhandelt werden muß, gar nicht zu existiren scheint, liegt auf der Hand. Der unbefangene Urtheilende wird zugeben, daß bis jetzt keinerlei Anzeichen vorliegen, aus welchen geschlossen werden könnte, daß die Politik des deutschen Reiches ihren neutralen Standpunkt verlassen hätte. Am aller-

wenigsten aber kann angenommen werden, daß die deutsche Regierung russischen Eroberungsabsichten Vorschub leiste. Am 5. December erklärte der Reichskanzler: „Diese Ansicht liegt gar nicht vor, daß Rußland irgend welche Eroberungen beabsichtigt. Wenn mir der Herr Vorredner dafür den Beweis liefern könnte, so würde die ganze Politik des übrigen Europa vielleicht eine andere Gestalt annehmen, und er würde, wenn er das wirklich weiß, vielleicht mancher anderen Regierung einen großen Dienst erweisen, damit dergleichen Pläne rechtzeitig verhindert würden. Bis jetzt aber liegt Nichts weiter vor, als die feierliche Versicherung des Kaisers Alexander, die auf Veranlassen der russischen Regierung bekannt gemacht worden ist, daß er seinerseits auf Eroberung und Erwerb verzichten wolle.“ Diese Worte klingen irgendetwas Schonung für russische Eroberungspolitik untergelegt werden könnte.

Tagesgeschichtliche Uebersicht.

Leipzig, 17. Mai.

Die Reise des Kaisers nach Ems dürfte nach den vorläufigen Bestimmungen zwischen dem 10. und 16. Juni erfolgen.
Hamburger Blätter erfahren aus Friedrichsruhe, der Reichskanzler Fürst Bismarck erweise sich allem Anschein nach des besten Wohlseins. Vormittags durchreiste er für gewöhnlich den Sachsenwald hoch zu Ross, Nachmittags machte er eine Spazierfahrt hinein mit Frau und Tochter, um den herrlichen Waldesduft in vollen Zügen zu genießen. Seine Ueberbedelung nach Rastenburg soll bis Ende dieses Monats hinausgeschoben sein.
Der Reichstagsabgeordnete Dr. P. Bamberg hat am 13. Mai im Mitteltrakt seines Wahlkreises zu Spandlingen vor seinen zahlreich erschienenen Wählern einen Rechenschaftsbericht erstattet, in welchem er sich über die Lage des Reiches, das Parteiwesen, die Justizgesetzgebung, die Zoll- und Wirtschaftsfragen und seine Beteiligung an den Hauptgegenständen der Beratungen der berufenen Reichstags-Session aussprach. Bemerkenswerth waren besonders einige Aeußerungen des Redners über die Kanzlerkrise, die den letzten Punkt des Vortrags bildeten. Obenhin, sagte der Redner, lasse sich die Kanzlerfrage in ihrer Wichtigkeit nicht erklären, und dieser zu gehen gestatte ihre theilweis delicate Würzelung nicht. Die Ursachen der Krise lägen nach außen und nach oben. Der Reichskanzler sei aber (wie er aus genigender Duelle verschiedener Sinne) niemals der Ansicht und gewillt gewesen, seine Dienste dem Reich zu entziehen. Im Reichstag und zwischen diesem und dem Kanzler lägen keinerlei Gründe zu einer Krise. So lange Bismarck's Kräfte vorhielten, werde sich der Kanzler seiner großen Aufgabe nicht entziehen; er wisse, daß die Nation an ihm hänge und auf ihn vertraue. Auch in der Versammlung — so apostrophirte Bamberg seine Wähler — werde keine andere Meinung bestehen. Die äußerst zahlreiche Versammlung stimmte natürlich lebhaft bei. Der Redner fuhr darauf fort: Man sehe Bismarck's Schöpfung, und der Kanzler wisse, daß er begriffen werde überall, wo guter Wille sei. Was wäre heute Deutschland, wenn es noch an Oesterreich gekettet

wäre! Während an dessen Grenzen der Krieg pocht, lebe das Reich sicher und in Frieden, und das sei auch ein Verdienst des Kanzlers. Die Schöpfungen des Kanzlers bedürften aber breiterer Bekämpfung. Das Reich sei zugleich Republik und Monarchie, und es sei Vieles anzugesellen in seinem Verwaltungsorganismus. Das sei freilich leichter gesagt, als gethan. Aber dieses Ziel, sowie das des wirtschaftlichen Aufbaues, müsse im Auge behalten werden. Bis jetzt fehlten die nöthigen Kräfte; dieselben seien aus den Einzelstaaten für das Reich zu gewinnen. Ob dies bald und wann es geschehe, sei schwer zu entscheiden; aber in unserer Zeit gebe Alles rasch, und inniges Zusammenhalten werde auch hier am Besten fruchtbar. Der lebhafteste Beifall der Versammlung begleitete die Ausführungen des Abgeordneten.

Die Behauptung verschiedener Blätter, daß der Präsident des preussischen Ober-Raths, Herrmann, seine Entlassung nehmen werde, wenn das Abschiedsgesuch des Conföriat-Präsidenten Hegel nicht angenommen würde, soll sich, nach der „Post“, nicht bestätigen.

Die Nachricht, der Stadtverordnete Löwe habe auf die Candidatur im 6. Berliner Reichstagswahlkreise verzichtet, wird von dem „Berliner Tageblatt“ für unrichtig erklärt.

In Bremen ist unter dem Vorsitze des bekannten früheren Reichstagsabgeordneten Consul D. D. Meier unter Mitbetheiligung namhafter Gelehrter wie Geh. Justizrath Vorhard, Prof. v. Holtendorff, Prof. Dr. Lewin u. A. ein Verein gegründet worden, der als Deutscher Zweigverein der internationalen Association für die Reform und Codification of the Law of Nations im Anschluß an die Bestrebungen dieser Gesellschaft die Förderung des internationalen Rechts und insbesondere des internationalen Verkehrsrechts bezweckt. Diefes Unternehmen ist als ein durchaus zeitgemäßes zu begrüßen; denn je mehr der heutige Verkehr zu einem internationalen sich gestaltet, um so mehr macht sich das Bedürfnis zur Festsetzung internationaler Normen geltend, welche das einheitliche Verkehrsgebiet — wenigstens den Grundzügen nach — einheitlich regeln. Wir erinnern nur an Materien, wie das Wechselrecht, die Patentgesetzgebung, das Verlagsrecht, das Eisenbahnverkehrsrecht und namentlich an alle Fragen des Seeverkehrs, die zum Theil eine Gestaltung auf internationaler Grundlage geradezu erfordern. Nach den Statuten soll sich der Zweigverein über ganz Deutschland erstrecken und seinen Sitz jedesmal am Wohnsitz des Präsidenten haben. Domicil des Vereins ist somit vorerst Bremen.

Ueber die Vorgänge, die zu der neuen Ministerkrise in Frankreich geführt haben, erzählt man folgendes: Der Marschall Mac Mahon hatte am 16. Mai folgenden Brief an den Ministerpräsidenten Jules Simon gerichtet: „Ich habe im „Journal officiel“ den Bericht über die gestrige Sitzung der Deputirtenkammer gelesen und habe zu meiner Ueberzeugung gesehen, daß weder Sie noch der Siegelbewahrer von der Tribüne herab die Gründe geltend gemacht haben, welche die Aufhebung eines Gesetzes über die Presse hätte verhindern können, welches vor noch nicht 2 Jahren auf den Antrag Dufaure's geschaffen wurde und dessen Anwendung Sie selbst längst von den Gerichten verlangt haben. Und doch war in mehreren Sitzungen des Minister-